



Welt am Sonntag, 27.11.2022, Nr. 48, S. 6 / Ressort: Politik

Rubrik: POLITIK

Handel durch Sinneswandel

Diese Woche ratifiziert Berlin das Freihandelsabkommen mit Kanada. Möglich wurde das, weil die Grünen ein liebgewonnenes Feindbildaufgaben. Doch der Kanzler will noch mehr

Robin Alexander

Erinnern Sie sich noch an das "Chlorhühnchen"? In weiten Teilen der Welt ist das nur eine Methode, um Geflügel nach der Schlachtung keim- und bakterienfrei zu machen. In Deutschland aber war das Chlorhühnchen ein machtvolleres politisches Symbol: gegen die Globalisierung, gegen den Freihandel, gegen die Abkommen TTIP und Ceta, welche die EU mit den USA und Kanada anstrebte.

Freihandelsabkommen senken Zoll- und Abgabeschranken und vereinheitlichen die Regulierung. Doch was technisch klingt, entzündete im vergangenen Jahrzehnt vor allem deutsche Gemüter. Die Angst vor abgesenkten Gesundheits- und Umweltstandards verband sich mit genereller Globalisierungsskepsis und einem Schuss Antiamerikanismus zu einem machtvollen Cocktail: 200.000 Menschen demonstrierten im September 2016 in ganz Deutschland "gegen Ceta und TTIP". In der ersten Reihe der Berliner Demo lief Simone Peter, die damalige Vorsitzende der Grünen, und warnte: "Ein neoliberales Handelsregime bedroht die Demokratie". Neben ihr lief eine damals noch wenig bekannte Brandenburger Politikerin: Annalena Baerbock. Als eigentlicher Kopf der Kampagnen gegen die Handelsabkommen galt ein grüner Europapolitiker: Sven Giegold, Mitbegründer der globalisierungskritischen NGO Attac.

Sie schufen eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen der jüngeren deutschen Geschichte: Obwohl Angela Merkel (CDU) stets eine Anhängerin des Freihandels war und ihr damaliger Vize Sigmar Gabriel sogar einen "SPD-Konvent" zu Ceta abhalten ließ, um seine Sozialdemokraten zu überzeugen, brachte die große Koalition nie den Mumm auf, das 2017 von der EU-Kommission unterzeichnete Abkommen im Bundestag zu ratifizieren - zu heftig schien der gesellschaftliche Gegenwind.

Dass dies nun ausgerechnet die Ampel-Mehrheit tut, ist ein bemerkenswerter Vorgang. Ein Erfolg, der drei sehr ungleiche Väter hat: Robert Habeck, Christian Lindner und Donald Trump. Zwar schien der zum Präsidenten avancierte Immobilienspekulant auf den ersten Blick alle deutsch-linken Vorurteile gegen die USA zu bestätigen, doch wer länger hinschaute, war irritiert: Trump polemisierte gegen Freihandel im Allgemeinen und TTIP im Besonderen. Sein "America First" war eine Globalisierungskritik von rechts. Und kein Zufall, von Lateinamerika über Indien bis nach Europa: Der Rechtspopulismus hatte und hat überall ein protektionistisches Wirtschaftsprogramm. Die russische Aggression gegen die Ukraine seit 2014, die in der grünen Partei klarer gesehen wurde als bei vielen anderen, ließ auch die Einsicht reifen: Die wirtschaftliche Verknüpfung mit Diktaturen ist das Problem, nicht die mit Demokratien.

Das hatte Christian Lindner immer schon eingeleuchtet. Der FDP-Chef war stets für Freihandelsabkommen gewesen und hatte Merkels Verzicht, die Ratifizierung von Ceta durchzusetzen, als Fehler analysiert. Den er nicht wiederholen wollte: Schon in den Koalitionsverhandlungen der Ampel bestand die FDP auf der Ratifizierung. Die Grünen leisteten nur noch pro forma Widerstand: Sie bestanden auf dem positiven Ausgang einer Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, der bereits absehbar war.

Doch die letzte Meile musste Habeck gehen. Er ist der Wirtschaftsminister. Er musste die linken Grünen überzeugen. Spötter meinen, er habe schon damit begonnen, dass er ausgerechnet dem Attac-Gründer Giegold einen Posten als Staatssekretär gab.

Im Mai publizierte Habeck dann gemeinsam mit Katharina Dröge, der linken der beiden grünen Fraktionsvorsitzenden, einen Namensbeitrag in der linken "taz": "Die Handelsbeziehungen waren von Profit getrieben", war der überschrieben: "Die Globalisierung muss fairer und nachhaltiger werden." Für das grüne Publikum deutete Habeck Ceta einfach um: vom neoliberalen Handelsregime zum Instrument linker Politik. Doch auch für Fachleute hatte er ein Angebot: Das Problem bei Ceta sei lediglich ein darin enthaltenes "Investitionsschutzabkommen", das den Umstieg auf **erneuerbare Energien** schwerer mache, weil es einmal getätigte Investitionen in fossile **Energien** verewige.

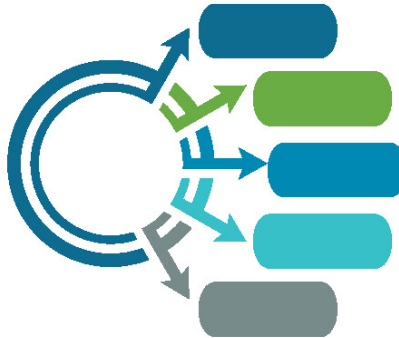
Die grüne Basis kaufte ihm das ab. So konnte sich Habeck schon bei seinem ersten Auftritt als Wirtschaftsminister auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Mai als Anwalt des Freihandels inszenieren.

Die Opposition im Bundestag nahm ihn beim Wort. Die Union drängte nun auf die Ratifizierung von Ceta. Die Ampel verhinderte mit ihrer Mehrheit jedoch, dass die Abstimmung überhaupt auf die Tagesordnung kam. Ewig wäre das Manöver allerdings nicht durchzuhalten gewesen. Deshalb einigte sich die Ampel im Juni im Kabinett auf eine Handelsagenda. Deren Kernsatz: "Zukünftige Investitionsschutzabkommen sollen vor direkter Enteignung schützen, das Recht auf gemeinwohlorientierte Regulierung ('right to regulate') aber sicherstellen."

Aber Ceta ist kein zukünftiges Handelsabkommen, sondern ausverhandelt, beschlossen und schon von 15 europäischen Ländern ratifiziert. Eigentlich ging da nichts mehr. Oder doch? Eine "Interpretationserklärung" soll das Abkommen ergänzen. Daran arbeitet ein gemeinsamer Ausschuss von EU und Kanada. Auf einer Reise von Scholz und Habeck im August nach Kanada hakte man diskret politisch nach. Bald darauf tauchte eine Fassung der "Interpretationserklärung" in der Öffentlichkeit auf. Doch die Ceta-Skeptiker unter den Grünen riefen noch einen letzten Preis auf. Anfang November setzten sie bei SPD und FDP durch, dass Deutschland aus der "**Energiecharta**" aussteigt, einem internationalen **Energieabkommen**, das seit 1998 Investitionen in **Energieprojekte** schützt, indem es Investoren Klagen gegen Staaten vor Schiedsgerichten ermöglicht.

Nun können alle zufrieden sein. Lindner hat seinen linken Koalitionspartnern erfolgreich abverlangt, was Merkel bei der SPD nie durchbekam. Habeck hat seine Grünen auf einem weiteren Politikfeld aus linker Nostalgie in die Moderne geführt. Und Scholz? Der hat schon neue Pläne: Sein Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt lancierte im Oktober ein Strategiepapier, das einen "neuen Anlauf" für ein Freihandelsabkommen mit den USA erwog. Auch dabei sind die Grünen an Bord.

Robin Alexander




Quelle:	Welt am Sonntag, 27.11.2022, Nr. 48, S. 6
Ressort:	Politik
Rubrik:	POLITIK
Dokumentnummer:	207855802

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS_ab70672f746b6c1f310850a6e363ee19d16a8618

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH